

Deutschlands Verteidigung am Hindukusch

Daniel Jacobi, Gunther Hellmann & Sebastian Nieke

Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik

ISSN 1866-2188
Volume 4
Supplement 1

Z Außen Sicherheitspolit (2011)
4:171-196
DOI 10.1007/s12399-011-0207-6



Deutschlands Verteidigung am Hindukusch Ein Fall misslingender Sicherheitskommunikation

Daniel Jacobi · Gunther Hellmann · Sebastian Nieke

Zusammenfassung: Vorwürfe, der Afghanistaneinsatz werde den Deutschen nur defizitär „erklärt“ oder es mangle an einer „umfassenden Debatte“ über die deutsche Sicherheitspolitik, sind allgegenwärtig. Ausgehend von einem sozialtheoretisch fundierten Begriff politischer Öffentlichkeit fasst dieser Beitrag die deutsche Afghanistandebatte als einen Prozess der Selbstverständigung über Probleme, Handlungsmöglichkeiten und Entscheidungen, d. h. als einen Prozess der *Sicherheitskommunikation*, auf. Der Beitrag untersucht öffentliche Selbstverständigungsprozesse auf der Basis rekonstruierter Narrative. Es wird argumentiert, dass die deutsche Sicherheitskommunikation vor dem Hintergrund eines deliberativen Demokratieverständnisses deutliche Defizite aufweist, weil Debatten häufig von Fixierungen geprägt sind, die zwischen den Extremen einer lähmenden Betroffenheit im Angesicht des Todes und einer genauso abgehobenen wie abstrakten Argumentation im Vokabular der „nationalen Interessen“ changieren.

Schlüsselwörter: Sicherheitskommunikation · Deutschland · Afghanistaneinsatz · Öffentlichkeit · Narrative

Defending Germany at the Hindu Kush – A Case of Failing Security Communication

Abstract: Accusations that the Afghanistan deployment was not properly “explained” to the German public are ubiquitous. Based on a theoretically informed notion of politics as contentious public deliberation, this article conceives of the German Afghanistan debate as a process of collective self-reflection about problems, options, and decisions in the field of security policy, here defined as a process of *security communication*. The article closely examines how the German

© VS Verlag für Sozialwissenschaften 2011

D. Jacobi (✉) · Prof. Dr. G. Hellmann · S. Nieke
Institut für Politikwissenschaft, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M.,
Robert-Mayer-Straße 5, 60054 Frankfurt a. M., Deutschland
E-Mail: jacobi@soz.uni-frankfurt.de

Prof. Dr. G. Hellmann
E-Mail: g.hellmann@soz.uni-frankfurt.de

S. Nieke
E-Mail: nieke@stud.uni-frankfurt.de

public reflects on its choices based on a reconstruction of dominant narratives. We argue that security communication is severely deficient against the backdrop of a deliberative understanding of democracy because debates are short-circuited due to fixations which range from immediate feelings of dismay in the face of loss in society all the way to aloof notions of “national interest.”

Keywords: Security communication · Germany · Afghanistan deployment · Public sphere · Narratives

1 Einleitung

Die Rückkehr des Militärischen als Mittel internationaler Politik ist eine Begleiterscheinung des Endes des Ost-West Konflikts, die in den 1990er Jahren auch die Bundesrepublik erreicht hat und mit der sie sich auf verschiedenen Ebenen auseinander setzen muss. Das Afghanistanmandat ist das jüngste Beispiel, welches die vielfältigen Herausforderungen an ein Land unterstreicht, das als Demokratie zu einer öffentlichen Selbstverständigung über den Stellenwert des Militärischen im Rahmen seiner Sicherheitspolitik angehalten ist. Es liest sich inzwischen wie ein Allgemeinplatz, wenn man darauf verweist, dass Deutschland dieser Selbstverständigungsprozess vor dem Hintergrund seiner Geschichte schwerer fällt als vielen anderen Nationen. Gerade mit Blick auf diese Geschichte irritiert es jedoch, wenn ein gleichermaßen repräsentatives wie substantiiertes Zwischenfazit der Afghanistandebatte lautet, dass der Begriff „Krieg“ vielen Deutschen inzwischen zu einem „tröstenden Wort“ gereicht (Haas 2010), wenn es darum geht, sich gemeinschaftlich über die Sinnhaftigkeit und damit letztendlich auch über die politische Legitimität des Bundeswehreinsatzes zu verständigen.

Im Folgenden gilt es daher die Frage zu beantworten, wie es im Rahmen öffentlicher Selbstverständigungsprozesse über eine derart komplexe sicherheitspolitische Gemengelage wie die des Afghanistaneinsatzes zu einer solchen diskursiven Engführung kommen konnte. Hierzu richten wir unseren Blick auf die Struktur und Qualität der Prozesse gemeinschaftlicher Deliberation sowie deren öffentliche Reflexion. Als analytischen Orientierungspunkt entwerfen wir nachfolgend ein normativ informiertes sowie sozialtheoretisch untermauertes Konzept (sicherheits-)politischer Öffentlichkeit, das diese als im Prozess der *Sicherheitskommunikation* hergestellt versteht. In Kontrast zu diesem Öffentlichkeitsbegriff werden wir daraufhin darlegen, wie die öffentliche Verständigung über den Afghanistaneinsatz und damit auch die Sicht- und Verständnisweisen des Afghanistanmandats über die Demoskopie bislang lediglich schlaglichtartig reflektiert wurden. Als *eine* alternative Möglichkeit eines differenzierteren Nachvollzugs der Debatte und ihrer demokratischen Qualität rekonstruieren wir daraufhin zentrale Vokabulare und (Rechtfertigungs-)Narrative am Beispiel medial vermittelter Diskussionsbeiträge. Der Schlussteil fasst diese Ergebnisse hinsichtlich ihrer Implikationen für den Afghanistaneinsatz im Speziellen sowie für die Organisation der Sicherheitskommunikation in Deutschland im Allgemeinen zusammen.

2 Die Öffentlichkeit als blinder Fleck sicherheitspolitischer Kommunikation

Wenn es insbesondere unter normativen Gesichtspunkten für moderne Demokratien selbstverständlich sein sollte, dass die Ergebnisse ihrer politischen Meinungs- und Willensbildungsprozesse nicht im Vakuum einer Arkanpolitik, sondern im Lichte der Deliberationsprozesse politischer Öffentlichkeit entstehen, scheint es müßig, nach *den* Schuldigen für die Engführung einer komplexen Debatte auf einzelne Begrifflichkeiten zu suchen. Entgegen dieser Prämisse zeichnet sich die Debatte deutscher Afghanistanpolitik jedoch durch ein Verständnis politischer Öffentlichkeit aus, das über eine einer solchen Suche zugrunde liegenden Zuschreibung statischer Rollenerwartungen kaum hinausreicht. So werden im Sinne des Verursacherprinzips nicht selten Adressaten wie *die* Politik, die „dem Volk den Bundeswehr-Einsatz am Hindukusch nicht erklären“ könne (Friedrichs 2010b), *die* Medien, welche in „weiten Bereichen [...] kein Bewusstsein dafür“ hätten, „was es überhaupt bedeutet, sicherheitspolitische Interessen auch praktisch umzusetzen“ (Kiesewetter 2010), oder *die* Bevölkerung, die einem „freundlichen Desinteresse“ folgend „gern vorsichtige Distanz zu allem Militärischen“ halte (Bundespräsidialamt 2005), als die Verantwortlichen einer nicht gelingenden politischen Kommunikation aufgeführt. Diese Zurechnungsprozesse, die in diversen Teildebatten durchschimmern, lassen vermuten, dass viele Teilnehmer auf ein (alltags-)theoretisches Öffentlichkeitsverständnis rekurrieren, welches die deliberative Komponente moderner Demokratie nicht konsequent auf das Feld der Sicherheitspolitik ausdehnt. Dadurch werden die umfassenderen Konturen einer grundlegenden öffentlichen Debatte über die Maßstäbe und Inhalte deutscher Sicherheitspolitik verdeckt. Jenseits von Ideen zu Input- und Output-Legitimität (vgl. Scharpf 1970), geht es in solch einer öffentlichen Debatte darum, Verständigung als einen demokratischen Akt gesellschaftlicher Integration mittels der gemeinschaftlichen Legitimation der Organisationsform des politischen Gemeinwesens in einzelnen Politikfeldern zu begreifen.

Folgenreiche Gründe für das verkürzte Öffentlichkeitsverständnis in der bundesdeutschen Debatte sind insbesondere in der historischen Dimension des Öffentlichkeitsbegriffs und deren Auswirkungen sowohl auf die Praxis als auch die Theoretisierung von Sicherheitspolitik angelegt. In beiden Sphären spielte Öffentlichkeit nur selten eine Rolle. So war es paradoxerweise die Entwicklung der pluralistischen Demokratie und die Öffnung des politischen Systems im Zuge der bürgerlichen Revolution, die dazu beitrug, dass die Exekutive ihre Prärogative in der Sicherheits- und Militärpolitik festigte. Legitimiert wurde dieser „Primat der Sicherheitspolitik“ unter Berufung auf ein Hauptargument, welches sich auch heute die höchste deutsche Rechtsprechung zueigen macht: Die Dynamiken zwischenstaatlicher Interaktionen seien derart komplex, „dass institutionell und auf Dauer typischerweise allein die Regierung in hinreichendem Maße über die personellen, sachlichen und organisatorischen Möglichkeiten verfügt, auf wechselnde äußere Lagen zügig und sachgerecht zu reagieren“ (BVerfGE 68, 1 [87]). Dieser auch für das moderne Staatsverständnis prägende Gedanke artikulierte sich insbesondere im Bereich der Diplomatie bis weit in das 20. Jahrhundert hinein als elitäre Abschottung außenpolitischer Praktiken (Jönsson 2006, S. 214–215). So fehlt auch Theorien der Außen- und Sicherheitspolitik im Regelfall ein theoretischer Platzhalter für die Öffentlichkeit (vgl. Herborth und Kessler 2010). Ignoriert wurde sie aufgrund der Annahme, dass das internationale

System anarchisch sei, d. h. dass es keine zentrale Ordnungsgewalt zwischen den Staaten gebe. Folglich gehe es im Feld der Sicherheitspolitik um Fragen von „vitalem Interesse“, die am besten ohne störende Eingriffe uninformatierter Bürger in den Händen „kluger Führer“ belassen werden sollten.

Dort, wo im Rahmen sicherheitspolitischer Debatten ein Begriff der Öffentlichkeit existiert, tut er dies fast ausschließlich in Form der öffentlichen Meinung (vgl. Weller 2000). Hierunter wird zumeist die demoskopische Erhebung von Bevölkerungseinstellungen verstanden. Diese jedoch bedingt über die fragwürdige Addition von Einzelmeinungen sowie deren gleichzeitige Subsumption unter bereits vorab als möglich unterstellte Meinungen nicht nur eine mathematische Verkürzung demokratischer Prozesse. Vielmehr fördert und reproduziert sie eine problematische Dichotomie von Staat und Gesellschaft. Die prozessuale Dimension öffentlicher Meinungs- und Willensbildung und damit letztendlich der Kern öffentlicher Selbstverständigung werden durch diese Dichotomie jedoch verdeckt, denn sie impliziert in aller Regel eine Grenze zwischen diesen beiden Sphären, an der bereits feststehende Meinungen aufeinander prallen. Es ist egal, ob infolgedessen die öffentliche Meinung auf die Rolle des politischen Schiedsrichters festgelegt wird (Fraenkel 1991, S. 232–260) oder ob sie dem politischen System zur Selbstverständigung dienen soll (Luhmann 2005, S. 163–175). Im Ergebnis bleibt eine solche Betrachtungsweise funktionalistisch verkürzt, weil sie blind ist für die Differenz zwischen einfacher Zustimmung oder Ablehnung bereits vollendeter Tatsachen auf der einen und der Aushandlung konkurrierender Präferenzen auf der anderen Seite.

Das Problem einer solchen Beschreibungsperspektive ist also, dass sie die Sphäre der politischen Öffentlichkeit zwar sichtbar macht, die darin ablaufenden Prozesse jedoch verzerrt. Stets mögliche Konvergenzen und Divergenzen lassen sich so nicht adäquat als graduelle Veränderung darstellen und werden folglich im Sinne eine „Abfolge großer Donnerschläge“ verstanden (Katzenstein 1989, S. 269). Zwar bieten Umfragen informative „Schlaglichter“. Für das umfassende Verständnis sicherheitspolitischer Selbstverständigungsprozesse sind sie jedoch unzureichend. Denn ihre statische Betrachtungsweise rechnet mit der Öffentlichkeit erst dann, wenn ihr die Rolle des Katalysators „öffentliche Meinung“ zukommt. Dabei scheint es angesichts des oben dargelegten Demokratieverständnisses nicht erstrebenswert, dass sich diese Unterscheidung von Öffentlichkeit in grundsätzlich aktive bzw. passive Teile im Prozess öffentlicher Selbstverständigung reproduziert.¹ Insbesondere aus sozialtheoretischer Perspektive ist ein solches Öffentlichkeitsverständnis nur schwer haltbar, zeigt sie doch, dass öffentliche Selbstverständigungsprozesse nicht lediglich auf die Differenz zweier Zahlenwerte zwischen Zeitpunkt T_1 und T_2 reduzierbar sind. Vielmehr können sie als fragiles Phänomen beschrieben werden, welches sich besser als fortwährender Kommunikationsprozess verstehen lässt.

Es gibt viele Möglichkeiten, den prozessualen Aspekt öffentlicher Deliberation theoretisch einzuholen. Wir schlagen an dieser Stelle den Blick aus einer sprachbasierten Perspektive vor. Diese ist auf eine Spielart deliberativer Kommunikation gerichtet, die wir mit dem Begriff der *Sicherheitskommunikation* bezeichnen. Sicherheitskommunikation meint jene deliberativen Prozesse, in denen insbesondere Vertreter von Gesellschaft,

¹ Wir sind uns des implizierten Zusammenfallens von Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft bewusst, können hier jedoch nicht weiter darauf eingehen (vgl. Peters 2007).

Staat und deren Reflexionssysteme als politische Öffentlichkeit gedacht werden. Sie bezeichnet folglich den öffentlichen Austausch von Informationen, Analysen, Meinungen und Wertungen über alles, was mit Sicherheit und Frieden sowie deren Gefährdung und Förderung zusammenhängt. Dieser Verständigungsprozess ist auf Willensbildung, Entscheidung und Handeln hin angelegt. Im Medium öffentlicher Deliberation steht *idealiter* eine Verständigung über drei Fragen an: 1) die Situationsbeschreibung: „Was gilt jeweils als Problem im Feld Sicherheit und Frieden?“, 2) die Handlungsmöglichkeiten und Handlungsoptionen: „Was kann getan werden, um Sicherheit zu erhalten bzw. zu schaffen und Frieden zu fördern?“ und 3) die Entscheidung: „Welchen konkreten Maßnahmen soll aus welchen Gründen Vorrang eingeräumt werden und wie sind sie umzusetzen?“ (vgl. auch Calließ 1999, S. 32). Wenn man Legitimität als die fundamentalste Kategorie politischer Kommunikation versteht, so ist die Geltung (sicherheits-)politischen Handelns ebenfalls an dessen kommunikative Begründung geknüpft (vgl. Habermas 1981; Kratochwil 1991).

Dieses Verständnis von sicherheitspolitischer Deliberation als Sicherheitskommunikation impliziert ein spezifisches Bild politischer Öffentlichkeit und ihres Potentials. Es basiert auf einer Konzeption von Öffentlichkeit als einer durch Kontingenz gekennzeichneten sozialen Sphäre. Der Begriff der Öffentlichkeit fällt also keineswegs mit einer bestimmten Gruppe wie z. B. „der Bevölkerung“ zusammen. Politische Öffentlichkeit konstituiert sich immer dort, wo politische Akteure interagieren, sich über den politischen Widerstreit gegenseitig als solche anerkennen und somit (re-)konstituieren. Zwar könnten die Akteure weiterhin entlang funktionaler Unterscheidungen adressiert werden. „Gesellschaft“ steht so für den politischen Souverän, „Staat“ für dessen politische Repräsentation, „Wissenschaft“ oder „Medien“ stehen beispielsweise für zentrale öffentliche Reflexionssysteme moderner politischer Gemeinschaften. Sie existieren als solche aber nicht jenseits der Sicherheitskommunikation, sondern bilden und bestätigen ihre Identitäten erst in derselben. Ob der Bedeutungsgehalt dieser Selbst- und Fremdbeschreibungen gleich bleibt, ist dabei ebenso offen wie die Folgen stets möglicher Neubeschreibungen für die Praxis (sicherheits-)politischen Handelns und den sich daraus ergebenden Organisationsformen. Dieses kommunikative Verständnis von Öffentlichkeit trägt fraglos zeitdiagnostische Züge, da moderne Gesellschaften sich zu Kommunikationsgesellschaften gewandelt haben, die sich nicht länger primär über den Austausch unter physisch Anwesenden (re-)produzieren. Diese Sichtweise konzentriert sich somit nicht nur auf Aspekte der Deliberation im Sinne einer Selbstverständigung, sondern versteht deliberative Kommunikation immer schon als einen Modus der (Re-)Produktion sozialer und somit politischer Ordnung.²

Der Ausgangspunkt einer solchen Beschreibung ist dabei keineswegs der Theoretiker im Elfenbeinturm. Es ist vielmehr die Praxis des Alltags, verstanden als menschliches Handeln in konkreten Situationen, die, sofern sie nicht routinisiert bewältigt werden können, aufgrund ihres problematischen Charakters die genuine Kreativität individuellen und kollektiven Handelns aktivieren (Dewey 1991 [1938], S. 107–122; Joas 1992; Putnam

2 Hierin liegt auch die größte Unterscheidung zum Konzept des „Publikums“ der „Kopenhagener Schule“, das gleichsam als passiver, klar umrissener Akteur konzeptionalisiert ist (vgl. Buzan et al. 1998).

1995). Relevanz erhält diese handlungstheoretische Grundlage für die Sicherheitskommunikation vor allem aufgrund eines daran gekoppelten Sprachverständnisses, welches in unseren (individuellen wie kollektiven) sprachlichen Möglichkeiten die Grenzen unserer Welt sieht (Davidson 2006). Die „Welt“ existiert ganz gewiss und sie verleitet uns durch ihre „Widerständigkeit“ auch zu bestimmten Annahmen und Formen des Umgangs mit Routinesituationen bzw. problematischen Situationen. Wie wir die Welt allerdings begreifen, gründet allein in unseren sprachlichen Möglichkeiten (Rorty 1989). Sprache kann daher auch in ihren je feldspezifischen Konkretisierungen als Vokabular, d. h. als immer schon sinnhaft verknüpfte Begrifflichkeiten, aufgefasst werden, die an ein System von Überzeugungen gebunden sind, von denen wir uns einen angemessenen Umgang mit sich stellenden Problemen versprechen (Rorty 1989, S. 5–13). Ein Vokabular ist insofern nicht „richtig“ oder „falsch“, sondern mehr oder weniger „angemessen“ im Prozess des Handelns. Vokabulare sind „Werkzeuge“, welche Akteure Überzeugungen ausbilden lassen, diese dadurch zu Handlungen befähigen und letztere auch legitimieren (Rorty 2000, S. 185–186).

Nutzt man dieses theoretische Vokabular zur Beschreibung der Sicherheitskommunikation und ihrer Rolle in der Legitimierung von Formen sicherheitspolitischer Organisation und Entscheidung, ergeben sich vielfältige innovative Perspektiven: Wendet man die Unterscheidung von Routine- und Problemsituation auf die Sicherheitskommunikation an, so kann diese einmal als das „Werkzeug“ verstanden werden, *mit dem* gesellschaftliche Sicherheitsprobleme und ihre Lösung verhandelt werden. Des Weiteren konstituiert sich in sprachlichen *Interaktionsprozessen* gerade über die Sicherheitskommunikation ein intersubjektiver Raum, der politische Öffentlichkeit herstellt und *in dem* um die Geltung bestimmter Selbstverständnisse und daraus abgeleiteter Handlungsalternativen gestritten werden kann. Die Geltung einer bestimmten Lösung für eine als sicherheitspolitisch problematisch empfundene Situation resultiert also aus aktiven Aushandlungsprozessen und nicht aus der möglichst großen Übereinstimmung über eine erbrachte staatliche Sicherheitsleistung oder über die subjektivistischen Interpretationen fixer Normen (Herborth 2009). Die Normen und Werte, welche das Selbstverständnis einer Sicherheitsgemeinschaft anleiten und ihr ein legitimes sicherheitspolitisches Handeln erlauben, stehen vielmehr jederzeit potentiell zur Disposition.

Zu einem Problem werden sicherheitspolitische Routinen also dann, wenn sie im spezifischen Kontext einer Situation keine angemessenen Problemlösungen mehr bereitstellen können. In solchen Situationen setzt die Suche nach neuen Lösungen ein. Worin eine angemessene Antwort auf wahrgenommene neue sicherheitspolitische Herausforderungen bestehen könnte, ist allerdings alles andere als klar. Konkurrierende Überzeugungen müssen um Unterstützung werben und über ihre Legitimität wird gestritten. Die Akteure sind gezwungen, ihre Lösungsvorschläge im Rahmen eines als problematisch empfundenen situativen Kontextes offen zu legen und diesen Kontext in ihrer je eigenen Beschreibung zu rekonstruieren, Alternativen zu rechtfertigen und diese mit Geltungsansprüchen zu versehen. Dies kann explizit und reflexiv, aber auch implizit und instinktiv geschehen. In jedem Fall wird der Geltungsbegriff in dieser Konstellation nicht auf die (behavioralistische) Reproduktion oder simple Ablehnung einer Überzeugung bezogen. Indem Überzeugungen und Lösungsangebote für wahrgenommene Sicherheitsprobleme gerechtfertigt werden, verweisen sie auf einen Horizont möglicher Sicherheitskommunikation. So lässt

sich zwar nicht der gesamte Horizont des Sagbaren erhellen, da dieser als grundsätzlich offen und kontingent unterstellt werden muss. Es lässt sich jedoch nachvollziehen, welche Äußerungen welche Folgen zeitigen und vor allem, welche Alternativen als legitim erachtet bzw. als illegitim ausgeschlossen werden. In der Beobachtung der Abwägung und des Austauschs von Argumenten lassen sich somit die graduellen Veränderungen von Begrifflichkeiten und Vokabularen und ihrer Bedeutungsgehalte detailliert analysieren. Diese Veränderungen von Handlungsregeln müssen keineswegs als intendiert unterstellt werden. Auswirkungen auf das sicherheitspolitische Handeln haben sie aber dennoch. Eine so angeleitete Rekonstruktion der Sicherheitskommunikation ermöglicht es also, die Verschiebung von Möglichkeitshorizonten sicherheitspolitischen Handelns im demokratischen Verfassungsstaat (und damit dessen organisatorischen Gestaltungsspielraum) aufzuzeigen.

3 Die deutsche Öffentlichkeit und die Bundeswehr in Afghanistan

Der folgende Teil basiert auf einer Analyse des medial vermittelten Teilbereichs öffentlicher Sicherheitskommunikation.³ Zuerst wird der Prozess sicherheitspolitischer Selbstverständigung aus der Perspektive der Demoskopie rekapituliert. Daraufhin rekonstruieren wir diesen Prozess und die darin deutlich werdenden Selbstverständnisse in größerem Detail anhand einiger prominenter Narrative. Deren inhaltliche sowie rhetorische Strukturen liefern eine plastische Illustration deutscher Sicherheitskommunikation.

3.1 Die Demoskopie des Bundeswehreinsetzes

Der Großteil von Umfragen zur gewünschten Rolle Deutschlands in der Welt lässt seit den 1990er Jahren zunächst eine zunehmende Bereitschaft erkennen, international „mehr Verantwortung zu übernehmen“. Dass mit dem Begriff der „Verantwortung“ im deutschen außenpolitischen Diskurs insbesondere die Erwartung verbunden wird, sich wie die westlichen Verbündeten an militärischen Einsätzen zu beteiligen (Hellmann et al. 2008, S. 164–171), ist den Deutschen dabei durchaus bewusst. Während in den Neunzigerjahren noch die Befürworter einer deutschen „Zurückhaltung“ überwiegen, spricht sich erstmals um 2002 eine erkennbare Mehrheit von Bundesbürgern für ein „Mehr“ an „Verantwortung“ aus. Parallel zum ausgeweiteten Einsatz in Afghanistan schwindet diese Mehrheit jedoch auf den Tiefstwert von 16 % im Jahr 2008 (1991: 31 %). Gleichzeitig erreicht der Anteil derjenigen, die für „Zurückhaltung“ plädieren, den Höchstwert von 65 % (1991: 56 %). Analog dazu weisen Erhebungen für den gleichen Zeitraum einen Rückgang der allgemeinen Zustimmung zur Beteiligung der Bundeswehr an Auslandseinsätzen von 46 % auf nur noch 19 % aller Befragten aus (IfD Allensbach 2010, S. 300, 319).

Den Afghanistaneseinsatz im Besonderen betreffend, zeigen Umfragen nach einer anfänglich deutlichen Mehrheit für das militärische Engagement einen stetigen Rückgang der Zustimmung und nach Einführung entsprechender Fragestellungen bisweilen

3 Aus Platzgründen ist es nicht möglich, einen detaillierten Blick auf alle Akteure der für gelingende Sicherheitskommunikation relevanten politischen Öffentlichkeit zu werfen.

eine absolute Mehrheit für einen Abzug der Bundeswehr. Unter dem Eindruck der Terroranschläge vom 11. September hielten im Herbst 2001 noch bis knapp über 60 % der Deutschen einen militärischen Einsatz der USA gegen die „Drahtzieher der Terroranschläge und ihre Helfershelfer“ für richtig (Infratest dimap 2001b, S. 14) und befürworteten dazu einen „militärischen Beistand“ Deutschlands (Infratest dimap 2001a, S. 3). So sprach sich auch im Dezember 2001 eine Mehrheit von 68 % der Bundesbürger für die Beteiligung an „einer internationalen Friedenstruppe in Afghanistan“ aus (TNS Forschung 2001). Die anfängliche Unterstützung begann jedoch mit zunehmender Dauer des Konflikts und unter dem Eindruck sich mehrender Anschläge auf die Bundeswehr zu schwinden. So empfand im April 2007 nur rund die Hälfte der Deutschen die Einsatzbeteiligung noch als „generell richtig“ (Infratest dimap 2007a, S. 2). Es sprach sich jedoch bereits Mitte 2006 eine Mehrheit von 56 % der Befragten für einen möglichst baldigen Rückzug aus (TNS Forschung 2006a). Dies deckt sich mit Umfragedaten zum Ende des Jahres 2006, als jeweils 55 % den internationalen Einsatz in Afghanistan zwar prinzipiell für „richtig“ erachteten, gleichzeitig jedoch eine „rasche Beendigung“ des gesamten militärischen *und* zivilen Engagements befürworteten (TNS Forschung 2006b). Diese mehrheitliche Befürwortung eines Abzugs blieb mit 56 % auch im Folgejahr bestehen (TNS Forschung 2007) und wuchs im Herbst 2009 unter dem Eindruck der auch in Nordafghanistan zunehmenden Gewalt deutlich auf eine gegenwärtige Mehrheit von bis zu 70 % für einen „möglichst schnellen Rückzug“ aus Afghanistan an (Infratest dimap 2009, S. 6, 2010). Andere Umfragen weisen in Übereinstimmung mit dieser Tendenz über den gesamten Einsatzzeitraum hinweg einen Rückgang der Einsatzbefürwortung von anfänglich rund 50 % auf nur noch 14 % im Jahr 2008 aus (IfD Allensbach 2010, S. 321). In einer weiteren Umfrage im Mai 2010 äußerten rückblickend bereits 59 % der Befragten, dass es ein Fehler gewesen sei, sich an dem Einsatz zu beteiligen (Petersen 2010).

Neben der stetig gestiegenen Ablehnung des Einsatzes zeigt sich in Umfragen auch ein sehr spezifisches (deutsches) Verständnis von Militäreinsätzen. Auffällig ist beispielsweise der trotz prinzipieller Bejahung der Einsatzbeteiligung geäußerte Wunsch nach militärischer Zurückhaltung der Bundeswehr. So weist bereits eine erste Umfrage im Herbst 2001 neben der Unterstützung für das Vorgehen der USA und der Befürwortung deutschen militärischen Beistands gleichzeitig den mehrheitlichen Wunsch nach einer Beschränkung auf logistische und sanitätsdienstliche Maßnahmen aus. Demgegenüber konnte sich nur knapp ein Drittel der Befragten eine Beteiligung der Bundeswehr an Kampfeinsätzen vorstellen (Infratest dimap 2001a, S. 4). Eine solche Präferenz der Bevölkerung für humanitäre Maßnahmen lässt sich in Umfragen bis in die Anfangsphase der Auslandseinsätze zurückverfolgen. Bereits im Vorfeld des Somaliaeinsatzes 1993 befürwortete eine Mehrheit der Deutschen einen Einsatz der Bundeswehr mit der Beschränkung „auf das Reparieren von Straßen und das Bohren von Brunnen“ (68 %) sowie die „militärische Absicherung von Lebensmitteltransporten“ (80 %), lehnte jedoch die Übernahme von „Polizeiaufgaben“ (54 %) und den Kampf gegen „bewaffnete Banden“ (58 %) als etwaige Aufträge klar ab (Emnid 1993). Diese Tendenz wird im Kontext der Debatte um die Beschränkung des deutschen Engagements auf das zunächst friedlichere Nordafghanistan noch deutlicher. So befürworteten Ende 2006 noch 55 % der Befragten den Einsatz zwar prinzipiell, doch lehnte eine überwältigende Mehrheit von 82 % einen Kampfeinsatz der Bundeswehr im Süden Afghanistans strikt ab (TNS Forschung 2006b).

Wenig überraschend sprachen sich daher im April 2007, nachdem die Bundesregierung den Einsatz von Aufklärungsflugzeugen in ganz Afghanistan beschlossen hatte, auch fast zwei Drittel der Befragten dafür aus, dass sich die Bundeswehr „von solchen Aufgaben fernhalten und sich nur um Wiederaufbauhilfe kümmern“ sollte (Infratest dimap 2007a, S. 3).

Eine noch größere Divergenz zwischen außenpolitischen Entscheidungsträgern und einem Großteil der übrigen Öffentlichkeit zeigt sich in einem anderen Befund, demzufolge 68 % der Deutschen explizit nicht die Auffassung teilten, dass „Deutschlands Sicherheit auch am Hindukusch, also in Afghanistan, verteidigt“ werde (TNS Forschung 2006b). Andere Widersprüche werden im Meinungsbild zur sicherheitspolitischen Ausrichtung der Streitkräfte deutlich. So meinte zwar eine Mehrheit im Herbst 2009, dass die NATO für Deutschland wichtig und Bündnispflichten unvermeidlich seien, doch sahen gerade einmal 50 % der Befragten im Fall eines Angriffs auf einen NATO-Partner (d. h. der zentralen Norm des Bündnisses) eine Situation, in der Deutschland tatsächlich militärischen Beistand leisten sollte (IfD Allensbach 2010, S. 318–326).

Die Bundeswehr selbst genießt dabei in Umfragen seit Ende der 1990er Jahre im institutionellen Vergleich durchgängig „großes“ bis „sehr großes“ Vertrauen bei 59 % aller Befragten und rangiert damit deutlich vor dem Bundestag (33 %) und der Bundesregierung (28 %) (Infratest dimap 2007b, S. 14). Über dieses allgemein geringe Vertrauen in die Regierung hinaus herrscht zudem ein ausgesprochenes Misstrauen in ihre Bemühungen um eine Erläuterung sowie Rechtfertigung des Afghanistaneinsatzes. Beispielsweise äußerten im Oktober 2008 nur 15 % der Befragten, sich über den Einsatz „richtig informiert“ zu fühlen, während 82 % angaben, dass vermutlich aus politischen Gründen „Dinge verschwiegen“ werden würden (TNS Forschung 2008). Auch in der bundesweit heftig kritisierten Kommunikationspolitik des Verteidigungsministeriums nach der Bombardierung zweier Tanklaster bei Kunduz sahen 77 % der Befragten im Dezember 2009 keinen Einzelfall und glaubten nicht an eine ansonsten umfassende und ehrliche Information durch die Bundesregierung (Infratest dimap 2009, S. 5).

So skizzenhaft die demoskopischen Befunde auch sind, so sehr unterstreichen sie die unzähligen Spannungen und Widersprüchlichkeiten, die im Prozess öffentlicher Selbstbeschreibung und -verständigung über deutsche Sicherheitspolitik in Afghanistan angelegt sind: Beispielsweise werden militärische Mittel durchaus befürwortet, wenn ihr Einsatz im Kontext als legitim angesehener Aufträge präsentiert wird⁴ oder wenn er Zielen wie der Sicherung des zivilen Aufbaus dient. Andererseits gibt es grundsätzliche Vorbehalte gegenüber dem Einsatz militärischer Gewalt.

4 Dies gilt z. B. für Mandate der Vereinten Nationen (VN) oder wenn westliche Demokratien gemeinsam handeln. Die Nicht-Beteiligung Deutschlands im Rahmen des VN-legitimierten Einsatzes einiger NATO-Verbündeter in Libyen wird allerdings auch von der Mehrheit der Deutschen befürwortet. Nach einer Emnid-Umfrage für die Zeitung „Bild am Sonntag“ von Mitte März 2011 fanden 62 % der Befragten einen Militäreinsatz gegen den libyschen Machthaber Muammar al Gaddafi richtig. Allerdings sprachen sich auch 65 % der Bundesbürger dagegen aus, dass sich die Bundeswehr an den Angriffen beteiligt (Welt Online 2011).

3.2 Alternative Zugriffsmöglichkeiten auf kollektive Überzeugungen

Solche Schlaglichter (tatsächlicher oder zugeschriebener) Grundstimmungen verstellen jedoch, wie oben erläutert, den Blick auf die Heterogenität politischer Öffentlichkeit und erschweren es, die zugrunde liegenden komplexen Überzeugungssysteme mit ihren je eigenen sinnstiftenden konstitutiven und kausalen Zusammenhängen nachvollziehbar zu machen. Wie kann man diese Wissenslücke auffüllen? Aus Sicht einer rekonstruktiv verfahrenen Politikwissenschaft und deren Verständnis von sicherheitspolitischer Öffentlichkeit als einer Arena des andauernden Widerstreits im Medium der Sicherheitskommunikation schlagen wir vor, den Blick auf im Diskurs aufzufindende Vokabulare und daraus gebildete Narrative zu richten. Unter dem Begriff „Narrativ“ verstehen wir auf sprachlichen Interpretationen aufbauende Deutungen der Wirklichkeit. Die Grundbausteine von Narrativen sind also Worte, Begriffe und Kollokationen, die in ihren gängigen oder auch ungewöhnlichen Verknüpfungen erst jene Sinnstrukturen generieren, die Verständigung ermöglichen (Hellmann et al. 2008, S. 20–24). Ein Narrativ ist der Versuch einer sprachlichen Verarbeitung beobachteter Ereignisse, der Sinnzusammenhänge stiftet (Abbott 2008, S. 13–27). Die beobachteten Ereignisse werden dabei nicht etwa in dem Sinne „wiedergegeben“, dass sie „Wirklichkeit“ *abbilden*. Vielmehr wird „Wirklichkeit“ in der Narration erst geschaffen. Die sprachliche Verarbeitung politischer „Wirklichkeit“ ist dabei durch und durch sozialer Natur, d. h. sie basiert auf Überzeugungen, die (da es keine Individualsprachen geben kann) notwendig kollektiv, wenn auch strittig, sind. Narrative sind daher auch keineswegs homogen. Im Gegenteil: Pluralität ist ein Hauptmerkmal liberaler Demokratien und entsprechend vielstimmig sind ihre gesellschaftlichen Narrative. Jede Zeit kennt ihre eigenen Narrative, die „größer“ oder „kleiner“, d. h. umfassend oder lose bis fragmentiert sein können. Narrative können sich voneinander abgrenzen, sich untereinander verbinden bzw. aufeinander beziehen oder einander überlagern.

Vor dem Hintergrund der hier behandelten Frage der Sicherheitskommunikation als Form der Selbstverständigung können sich Narrative beispielsweise als Beschreibungsweisen typischer Ereignisse (etwa Trauerfeiern) oder (vermeintlich) typischer Praktiken (etwa bestimmter Formen militärischer Einsatzführung) zeigen. Sie können aber auch allgemeiner als Rechtfertigungsnarrative (Forst und Günther 2011, S. 18–20) in Erscheinung treten, die beispielsweise ein militärisches Mandat als solches (de-)legitimieren. Über die Rekonstruktion von Narrativen lassen sich also nicht nur Selbstbilder und Überzeugungen von öffentlichen Akteuren erhellen. Vielmehr erhält man einen ebenso wichtigen Einblick in die Struktur der Sicherheitskommunikation selbst.

Einige dieser Narrative haben wir rekonstruiert, indem wir jene Foren genauer in den Blick genommen haben, in denen sich Öffentlichkeit zu wesentlichen Teilen konstituiert – also etwa überregionale Zeitungen, die die Berichterstattung über Afghanistan wesentlich prägen, aber auch ausgewählte Regionalzeitungen, von denen man nicht nur durch begrenzte redaktionelle Ressourcen, sondern auch aufgrund ihrer möglichen Nähe zu Bundeswehrstandorten und unmittelbar betroffenen Soldaten, ihren Familien, Verwand-

ten und Bekannten unter Umständen andere Akzentsetzungen in der Berichterstattung und Kommentierung erwarten kann.⁵

Um die Quellenbasis im Rahmen dieses Aufsatzes sowohl handhabbar wie auch hinsichtlich der rekonstruierten Narrative aussagekräftig zu halten, haben wir uns zudem auf die Berichterstattung bzw. Kommentierung im Umfeld zweier Ereignisse konzentriert, die erwarten lassen, dass unterschiedliche Überzeugungen mobilisiert werden. Zum einen haben wir das öffentlich stark vernehmbare Echo im Zusammenhang des durch einen Bundeswehroberst befohlenen Bombardements Anfang September 2009 betrachtet. Dabei handelt es sich um eine letztlich von der Bundeswehr zu verantwortende Kampfhandlung, bei der im „Nebel des Krieges“ zahlreiche zivile Opfer zu beklagen waren.⁶ Zum anderen haben wir die mediale Bearbeitung der Vorgänge im Zuge des so genannten „Karfreitagsgefechts“ Anfang April 2010 untersucht, bei dem drei Bundeswehrsoldaten ums Leben kamen und acht verletzt wurden. In beiden Fällen ging es also um Kampfhandlungen, in die deutsche und/oder afghanische (bzw. in Afghanistan kämpfende) Soldaten oder sonstige bewaffnete Akteure involviert und in deren Kontext militärische und/oder zivile Opfer zu beklagen waren. Diese Konstellationen ließen erwarten, dass in der öffentlichen Debatte ein breites Spektrum an Überzeugungen mobilisiert werden würde und damit gute Bedingungen gegeben wären, typische Narrative rekonstruieren zu können.⁷

3.2.1 Die Veränderung des Vokabulars (in) der Sicherheitskommunikation

Zur Rekonstruktion grundlegender kollektiver Überzeugungen wollen wir zunächst bei den Schlüsselbegriffen jenes Vokabulars ansetzen, dessen sich die Öffentlichkeit in der Beschreibung, Rechtfertigung und Kritik des Afghanistaneinsatzes bedient. So fällt in der deutschen Debatte insbesondere die Auseinandersetzung über die Denomination der Konfliktlage in Afghanistan ins Auge. Während einige wenige Kommentatoren bereits seit Beginn der Entsendung deutscher Soldaten überzeugt waren, dass diese im Kontext eines *Krieges*, wenn auch abseits der eigentlichen Kampfhandlungen, stattfand, waren

5 Insgesamt wurden dazu acht überregionale Zeitungen und Zeitschriften (darunter „Die Welt“, „Die Zeit“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Frankfurter Rundschau“, „Süddeutsche Zeitung“, „Tageszeitung“ sowie „Focus“ und „Der Spiegel“) sowie mehrere regionale, online verfügbare Zeitungen (wie „Lausitzer Rundschau“, „Mitteldeutsche Zeitung“, „Neue Osnabrücker Zeitung“, „Nordsee-Zeitung“, „Rheinische Post“, „Stuttgarter Zeitung“ und „Südwestpresse“) eingesehen.

6 Siehe hierzu auch den Beitrag von Felix Berenskoetter in diesem Band.

7 Diese Auswahl wurde anhand eines Vergleichs der Medienberichterstattung zu bestimmten, in der öffentlichen Wahrnehmung stärker beachteten Geschehnissen (wie Gewaltereignisse, Mandatsverlängerungen, Kontingenterweiterungen, Konferenzen und afghanische Wahlen, skandalisierte Ereignisse und angestoßene Debatten) vorgenommen. Dabei erschienen neben dem Ausmaß an Berichterstattung sowohl die Intensität als auch die Bandbreite mobilisierter Überzeugungen im Fall von Gewaltereignissen am größten, während beispielsweise die jüngsten Mandatsverlängerungen des Bundestages als vermeintlich routinisierte, aber letztlich im eigentlichen Wortsinn umso entscheidendere Ereignisse erstaunlich wenig mediale Beachtung fanden.

öffentliche Forderungen an die Politik, den Einsatz auch explizit als „Krieg“ zu bezeichnen, spätestens mit der Lageverschärfung im Jahr 2008 nicht mehr zu überhören.

In diesem Streit über eine angemessene Wortwahl wird die Diskrepanz zwischen individuell, d. h. zumeist soldatisch, erlebter Einsatzrealität auf der einen und ihrer politischen Bewertung (sei es als Kritik oder Rechtfertigung) auf der anderen Seite besonders deutlich. Was immer die Intentionen der jeweiligen Positionierungen gewesen sein mögen – die Tatsache, dass ab 2008 in zunehmendem Maße sowohl die Forderung nach einer angemessenen Würdigung des soldatischen Einsatzes wie auch die Kritik an der Verharmlosung militärischer Gewalt mit dem Gebrauch des Wortes „Krieg“ verknüpft wurde, zeigte, wie sehr das „nach zwei verlorenen Weltkriegen sehr pazifistische Land“ (Friedrichs 2010a) an der Schnittstelle kollektiver Erinnerungen und zukunftsorientierter Projektionen des eigenen Selbstverständnisses mit sich rang. Im Wandel des offiziellen Sprachgebrauchs der Bundesregierung bildete sich sukzessive ab, was einer Mehrheit der Deutschen – unabhängig davon, ob sie den Einsatz deutscher Soldaten würdigen oder kritisieren wollten – angemessen erschien. Von zunächst defensiven Umschreibungen wie „Stabilisierungseinsatz“ näherte sich das regierungsamtliche Vokabular über „kriegsähnliche Zustände“ und „Krieg im umgangssprachlichen Sinne“ (ergänzt durch die Rückversicherung der völkerrechtlichen Bezeichnung „nichtinternationaler bewaffneter Konflikt“) letztlich dem ungeschminkten Gebrauch des Kriegsbegriffs immer mehr an (Friedrichs 2010b; Spiegel Online 2010a). Der über die Semantik hinausgehende juristische Gehalt des Begriffs und die damit einhergehenden politischen Implikationen wurden dabei in den Medien durchaus thematisiert.

Den vorläufigen Schlusspunkt dieser Debatte markierten die in der Berichterstattung sehr breiten Raum einnehmenden Trauerreden von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) für die am Karfreitag 2010 nahe Kunduz getöteten Soldaten. Merkel rechtfertigte zunächst den Einsatz politisch als völkerrechtlich definierten nichtinternationalen bewaffneten Konflikt, um direkt daran anschließend ihr Verständnis für jene zum Ausdruck zu bringen, die von Krieg sprächen: „Die meisten Soldatinnen und Soldaten nennen es Bürgerkrieg oder einfach nur Krieg. Und ich verstehe das gut“ (Bundesregierung 2010, S. 70). Verteidigungsminister zu Guttenberg zeigte nicht nur Verständnis, sondern ging noch einen identitätsstiftenden Schritt weiter, indem er das „was *wir* am Karfreitag in Kunduz erleben mussten“, wie „die meisten“ auch selbst „verständlicherweise als Krieg“ bezeichnete (Bundesregierung 2010, S. 74, eigene Hervorhebung). Während Vertreter der Politik also immer noch mit sich rangen, die Gratwanderung zwischen völkerrechtlicher Absicherung und politischer Manövrierfähigkeit einerseits sowie emotionaler Befindlichkeit im öffentlichen Diskurs andererseits zu bestehen, hatte sich in der Diskussion um den Kriegsbegriff bereits lange zuvor eine ausgesprochen heterogene Koalition von Befürwortern seines Gebrauchs herauskristallisiert, die sich von Sympathisanten der Linken bis weit ins konservative Lager hinein in ihrer Kritik an einer unzureichenden Strategie und Rechtfertigung des militärischen Einsatzes einig wusste. Gerade im Vergleich zu anderen Staaten erschien manchen Kommentatoren dabei die zentrale „Unterscheidung zwischen einem rechtlichen und einem nichtrechtlichen Kriegsbegriff“ geradezu symptomatisch für die im pazifistisch-militaristischen Nebel stochernden Deutschen (Haas 2010).

Im Kontrast zur Debatte um den Gebrauch des Kriegsbegriffs, die sich als geradezu schmerzlicher Prozess kollektiver Vergewisserung über „die Lage“ entwickelte, stellt der Eingang des *Gefallenen* in das Vokabular des öffentlichen Diskurses hingegen eine fast schon reibungs- (wenn auch nicht geräusch-)lose Übernahme des regierungsamtlichen Sprachgebrauchs dar – allerdings ohne größere mediale Begleitung. Erstmals im Oktober 2008 in einer Trauerrede des Verteidigungsministers zu einem Begräbnis getöteter Soldaten offiziell gebraucht, wird diese markante Bezeichnung des Soldatentodes seither auch in zunehmenden Teilen der Berichterstattung verwendet.⁸ Während aber beim Kriegsbegriff neben semantischen und juristischen Details zum Teil noch reflexiv auf diverse Implikationen des Wortgebrauchs vor dem historisch-kulturellen Hintergrund deutscher Kriegs- und Zivilmachtserfahrung⁹ eingegangen wurde, vollzog sich der öffentliche Bezeichnungswandel von *getöteten* zu *gefallenen* deutschen Soldaten vergleichsweise kommentarlos – an einigen Stellen sogar ohne Umschweife befürwortend: „Gefallen – immerhin. Nicht ‚verunglücken‘ wie Opfer, sondern ‚fallen‘ – wie Soldaten“ (Alexander 2008).

Auch jenseits von solchen eher auffälligen, die anti-militaristische kollektive Orientierung der Deutschen zutiefst irritierenden Begriffen und Zuschreibungen findet sich im öffentlichen Diskurs seit einigen Jahren vermehrt ein militärisches Vokabular. Dies wird beispielsweise an der mittlerweile zunehmend beachteten Berichterstattung über das Trauerzeremoniell für getötete Soldaten deutlich, in deren Kontext nun in regionaler und bundesweiter Presse neben dem *Gefallenen* auch häufiger die Begriffe des *Kameraden* und der *Ehre* gebraucht werden:

Die letzte Ehre für drei Kameraden. [...] Durch die Kirchenfenster ist nur der Gleichschritt der 21 Kameraden zu hören, die zum hölzernen Altar der St.-Lamberti-Kirche im niedersächsischen Selsingen marschieren. Dort sind die mit einer Deutschlandflagge bedeckten Särge der drei gefallenen Soldaten aufgebahrt, auf jedem ist ein Stahlhelm [sic!] platziert. [...] Draußen wird die Gruppe von zahlreichen Trauergästen erwartet, die Särge werden in Autos verladen und durch ein Ehrenspalier aus rund 300 Kameraden gefahren. Insgesamt geben rund 1000 Trauergäste den Soldaten ihr letztes Geleit. (Spurzem 2010)

8 Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) verwendete den Begriff erstmals offiziell bei der Trauerrede für zwei im Oktober 2008 in Afghanistan getötete Bundeswehrsoldaten (Bundesregierung 2008, S. 61). Dieser Änderung im Vokabular war eine entsprechende Forderung durch den Vorsitzenden des Bundeswehrverbandes, Bernhard Gertz, nach einer Trauerrede Jungs rund zwei Monate zuvor, die noch auf den Begriff verzichtet hatte, vorausgegangen (Süddeutsche Zeitung 2008). Während der Begriff vorher nur in wenigen Zeitungshäusern genutzt wurde, nahm sein Gebrauch nach Jungs geänderter Wortwahl in weiten Teilen der Presselandschaft merklich und meist unkommentiert zu. Die Grundlage dieser Einschätzung bildet eine inhaltsanalytische Sichtung der vier Zeitungen „Die Welt“, „Frankfurter Rundschau“, „Stuttgarter Zeitung“ und „Tageszeitung“ sowie der Zeitschriften „Der Spiegel“ und „Focus“ von 2001 bis 2011 mittels der Datenbank „Lexis Nexis“ sowie eine kursorische Sichtung der weiteren zuvor genannten Pressequellen soweit möglich im selben Zeitraum.

9 Siehe die Beiträge von Sebastian Harnisch sowie Harald Müller und Jonas Wolff in diesem Band.

Delegationen von 19 Nationen und fast alle der 2500 dort stationierten Deutschen verabschiedeten sich am Sonntag von vier Kameraden, die drei Tage zuvor im Gefecht gegen die Taliban in der Provinz Baghlan gefallen waren. [...] Nachdem die in Deutschlandflaggen gehüllten Särge auf kleinen Lastwagen, begleitet von einer Ehrengarde, eingefahren waren, [...] verliehen Generalinspekteur Volker Wierker und der Kommandeur der deutschen Truppen in Afghanistan, Brigadegeneral Frank Leidenberger, den Gefallenen posthum die Einsatzmedaillen der Bundeswehr und enthüllten vier Gedenktafeln im Ehrenhain. [...] Nach dem Abspielen des Trompetenstücks ‚Ich hatt‘ einen Kameraden‘ und der Nationalhymne begleitete die Ehrengarde die Särge durch ein Spalier von Hunderten von Soldaten zum Flugfeld. (Jungholt 2010)

Bemerkenswert an dieser journalistischen Begleitung auch seitens der Qualitätspresse ist nicht nur die unmittelbare Selbstverständlichkeit, mit der ein emotional fast durchweg positiv besetztes Vokabular ohne kritische Distanzierungsbemühung (oder zumindest Reflexionsanstrengung) übernommen wird, sondern auch die Tatsache, dass sein Einzug praktisch keinerlei kritische Reaktion ausgelöst hat. Eine vergleichbare Unbefangenheit in der Äußerung von Empathie für bzw. Identifikation mit getöteten und verwundeten Soldaten wäre noch vor zehn, geschweige denn zwanzig oder gar dreißig Jahren undenkbar gewesen.

Auch die oft reportageartig gehaltenen Beiträge über den Alltag des militärischen Einsatzes wissen, wo früher noch durch den Verweis auf das Einsatzradio Andernach, eingeflogenes deutsches Bier („zwei Dosen am Tag“) und die auch im Feldlager einzuhaltende Straßenverkehrsordnung lebensweltliche Normalität suggeriert wurde, nun in diversen Quellen vom Leben „im Felde“ auf der „Höhe 432“ und dem „Kugelhagel“ in „stundenlangen Gefechten“ zu berichten. Solche Beschreibungsformen können der Plastizität eines Beitrags durchaus dienlich sein: „Dort verteidigen fünfzehn Mann in einer schwer befestigten Stellung, die an Ernst Jüngers Beschreibungen der Gräben und Unterstände im Ersten Weltkrieg erinnert, Deutschland am Hindukusch“ (Kohler 2011).

Gleichwohl offenbaren sie aber auch wie im Kontext des „Karfreitagsgefechts“ die mitunter dramatisierenden Tendenzen insbesondere des militärisch „eingebetteten“ Journalismus:

Hasnain Kazim, der als einziger Journalist in Kundus stationiert [sic!] ist, sagte [...]: ‚Der gepanzerte Konvoi musste stoppen, um eine Mine zu entschärfen. Kaum waren die Soldaten auf der Straße, begann massiver Beschuss. Zwei Fahrzeuge fuhrten auf weitere Straßenminen und waren außer Gefecht. Dann schossen die Taliban aus allen Rohren‘. (Krauel 2010)

Das empathische Moment zeigt sich somit keineswegs nur in der steigenden Zahl an seitens der Presse zitierenswert empfundener O-Töne von Soldaten, sondern analog zur sich verschärfenden Lage in Nordafghanistan bisweilen auch im Vokabular der Berichterstattung selbst. Die militärische Wortwahl wird dabei in der Berichterstattung nicht immer nur reflektiert, sondern über bisweilen verständnisdienliche Fachtermini („PRT“, „IED“, „Rules of Engagement“) hinaus auch direkt (und stellenweise in martialischer Zuspitzung) übernommen. Im Vergleich zur Zeit des Ost-West-Konflikts, in der eine solche Begriffswahl bestenfalls pontiiert in Anführungsstrichen oder unumwunden ironisierend

zu erwarten gewesen wäre, verdeutlicht diese Veränderung des Sprachgebrauchs, dass im öffentlichen Diskurs sowohl die handwerklich-professionelle wie auch die symbolische Dimension des Militärischen mittlerweile anders wahrgenommen wird.

3.2.2 *Medial vermittelte Narrative der Sicherheitskommunikation*

Sinnstiftung ist keine Aufgabe, die sich Medien in erster Linie zuschreiben. Wohl aber rechnen sie die *Rekonstruktion* von Sinnstiftungsprozessen, wie sie sich in politischen Entscheidungen, öffentlicher Deliberation oder wissenschaftlicher Erklärung zeigen, zu ihrem Kerngeschäft. Solche Rekonstruktionen spiegeln nicht nur Narrative, sondern schreiben sie auch aktiv mit. Wendet man sich so den sich daraus ergebenden Narrativen zu, lässt sich beispielsweise im Rahmen der deutschen Sicherheitskommunikation eines der zentralen Narrative entlang des Begriffspaars „Realität/Wahrheit des Afghanistan-einsatzes“ rekonstruieren. Es ist so fundamental, da es die Arena des Widerstreits ausleuchtet und grundlegt. Denn es geht in diesem Narrativ zum einen um die grundsätzliche Definition der Einsatzlage selbst („Realität“) und zum anderen um die Authentizität, Ehrlichkeit und damit Gültigkeit dieser Definitionsversuche („Wahrheit“). So finden sich in der öffentlichen Diskussion regelmäßig Aufforderungstopoi, die eine Anerkennung der „rauen Wirklichkeit“ oder „tödlichen“ bzw. „brutalen Realität“ des Einsatzes und seiner Bedingungen einfordern. Eng damit verbunden ist die bereits in den Umfragedaten ange deutete Haltung, dass der Einsatz mit einer Verkürzung der Wahrheit oder gar mutwilliger Täuschung von Seiten der Politik einhergehe.

Im Rahmen der deutschen Debatte schob sich dieses Basisnarrativ spätestens mit der Diskussion um die politischen Konsequenzen der militärischen Entscheidung von Oberst Klein in den zentralen Fokus der politischen Öffentlichkeit. In diesem Narrativ spiegeln sich also nicht nur die grundsätzlichen gesellschaftlichen Prozesse der Definition von (Un-)Sicherheit und deren Schaffung/Beseitigung wider. Vielmehr fallen hier auch die ebenfalls in jeglicher Form von Sicherheitskommunikation vorhandenen (nicht) steuerbaren Wissensasymmetrien ins Auge. Gegenstandsbezogen resultiert aus diesen Grundproblematiken in der Bundesrepublik unter anderem eine bemerkenswerte Kluft, die zwischen bestimmten normativen Ansprüchen eines Großteils der deutschen Öffentlichkeit an militärische Auslandseinsätze sowie der konkreten Kriegserfahrung der Soldatinnen und Soldaten, den Entscheidungen der politischen Führung und den Medien und Experten als Vermittlern besteht. Diese Dissonanzen zeigen sich beispielsweise in Aussagen, die einerseits zwischen einem Erleben des Einsatzes vor Ort und in der Bundesrepublik eine deutliche Unterscheidung ziehen und hieraus nicht nur die Privilegierung bestimmter Geltungsansprüche, sondern auch die Verwendung eines der Lage angemesseneren Vokabulars von der Bundesregierung einfordern.

Wenn man vor diesem Hintergrund die mediale Verarbeitung des deutschen Afghanistaneseinsatzes im Kontext des Tanklaster-Bombardements vom Herbst 2009 und des „Karfreitagsgefechts“ vom April 2010 genauer ansieht, zeigen sich diffuse Stimmungslagen und Befindlichkeiten, die den Eindruck vermitteln, dass die Politik nicht zu wissen scheine, was sie tue und dass völlig unklar bleibe, wozu der Einsatz „gut“ sei. Mit Blick auf die hier analysierten Narrative treten mindestens vier unterscheidbare Grundmuster zutage. In der Berichterstattung und Kommentierung spiegelt sich erstens dieselbe hilf-

lose Betroffenheit über gefallene deutsche Soldaten und versehentlich getötete verbündete Soldaten oder Zivilisten wie man sie auch in Userkommentaren zur Onlinepresse oder Blogs vorfindet. Zweitens wird in unterschiedlichen Variationen Kritik artikuliert, dass „die Politik“ nicht hinreichend „erkläre“, mit welchen Zielen der Einsatz verbunden sei oder, dass die vorgegebenen Zielvorstellungen widersprüchlich seien und nicht erfüllbare oder falsche Maßstäbe gesetzt werden würden. Deutlich seltener finden sich, drittens, Rationalisierungen des Einsatzes, die dann allerdings auch häufig die Zielvorgaben der Politik in pointierter Form reproduzieren. Eine große Ausnahme ist es, viertens, wenn mediale Foren geöffnet werden für ausgefallene und zugleich differenzierte Argumentationsweisen.

Schon allein die oben geschilderte Intensität, mit der in den letzten beiden Jahren über den Kriegsbegriff diskutiert wurde, zeigt, wie schwer es den Deutschen fällt, sich (wieder) an die Vorstellung zu gewöhnen, dass Krieg das „Handwerk“ von Soldaten ist – ein „Scheißjob“ zwar, wie eine detaillierte Reportage einen Bundeswehrsoldaten im Titel zitierte (Seliger 2011), aber womöglich eben doch ein unumgänglicher. Gegen diese vermeintliche Unvermeidbarkeit, die sich in der Qualitätspresse teils in nüchterner Distanziertheit („Dies ist Krieg, nicht behelmte Entwicklungspolitik“, Joffe 2010), teils in fast schon heroisierender Rühmung soldatischer Risikobereitschaft¹⁰ spiegelt, stemmt sich eine verbreitete, wenn auch diffuse Stimmung der Abwendung von den Schrecken des Krieges. Diese zeigt sich vor allem dann, wenn Tote zu beklagen sind – deutsche Soldaten wie auch Zivilisten – oder gar über Trauerfeiern zu berichten ist. Ob intellektuelles Wochenblatt oder Regionalzeitung aus der Nähe eines Bundeswehrstandorts – die Stimmungsbilder von „versteinerten Mienen“, „Sorgenfalten“ und „weinenden Angehörigen“ und dem „tiefsitzenden Schock“ (Bronst 2010; Hahn 2010; Zeit Online 2010) prägen die Schilderungen von Betroffenheit und fehlenden Antworten auf die Frage nach dem „Wozu“. Ausführlich zitiert wird zu diesen Trauerfeiern zumeist aus den Reden der politisch Verantwortlichen, den oben erwähnten Äußerungen zum Kriegsbegriff etwa. Insgesamt aber vermitteln die meisten Berichte den Eindruck, dass die offiziellen Begründungen als nicht ausreichend empfunden werden. In der Berichterstattung einer Regionalzeitung über die Trauerfeier für die Anfang April 2010 getöteten Soldaten etwa suchte der Reporter dadurch Distanz, dass er der Bundeskanzlerin die Absicht zuschrieb, „dem Verteidigungsminister [...] die Rolle des Seelsorgers“ überlassen zu haben, während „ihre Rede mehr einem politischen Statement“ glich (Hahn 2010). Eher selten deutet sich jedoch an, dass ein Teil der Tragik auch darin zu bestehen scheint, dass die Bundeswehr „ein wichtiger Arbeitgeber in der Region“ sei und „viele junge Leute [...] ihr Geld mittlerweile in der Kaserne“ verdienten (Güttel und Lettgen 2010).

Diese Hilflosigkeit und Betroffenheit mündet immer wieder in Anklagen an „die Politik“, dass völlig unklar sei, „wofür [...] die Soldaten diesen Krieg so fern der Heimat“

10 In einem „Spiegel“-Essay kurz nach dem „Karfreitagsgefecht“ beklagte Matthias Matussek, dass die deutschen Soldaten in einem „gerechten Krieg“ an „einem Brennpunkt der Weltgeschichte“ „moralisch alleingelassen“ werden würden. Statt ihnen zuzurufen „Gott sei mit euch, Jungs“ verweigerten ihnen die Deutschen sogar das Minimum an Unterstützung, weil sie „diesen Krieg“ immer noch „für eine schmutzige Sache“ hielten. Das aber sei „zu wenig: für die kämpfenden Soldaten, für die Verbündeten, für die deutsche Politik. Jeder Soldat riskiert im Einsatz, getötet zu werden. Krieg ist kein Sozialdienst“ (Matussek 2010).

eigentlich führten. „Sterben für Karsai?“, wie ein entsprechender Kommentar einer ostdeutschen Regionalzeitung überschrieben ist, wolle anscheinend niemand (Legner 2010). Wenn O-Töne von Passanten auf der Straße zitiert werden, erscheint Afghanistan zumeist als ein fremdes Land, in dem es „niemals eine Demokratie geben“ werde, weil „die Menschen [...] das nicht zulassen [würden], vom Glauben her nicht und auch nicht von der Struktur her.“ Viel seltener sind Stimmen, die meinen, dass „Deutschland [...] eigentlich mehr machen“ müsste oder „wie die Amerikaner [...] noch mehr Soldaten einsetzen“ sollte und in denen der oder die Zitierte sich auch selbst bereit erklärt, „sofort hin[zu]gehen, um dort zu helfen“, weil „die Anwesenheit der deutschen Soldaten [...] wichtig [ist], zum einen für die Sicherheit in der Bevölkerung und besonders für den Wiederaufbau“ (Neue Osnabrücker Zeitung 2010).

Pointiert-provokative Essays in einer eigens aufgesetzten „Kriegsdebatte“ des Magazins „Der Spiegel“, in denen offen für einen „gerechten Krieg“ geworben (Matussek 2010) oder die offensive Durchsetzung geopolitischer Interessen ohne „Feigheit vor dem Volk“ (Follath 2010, S. 117) propagiert wird, sind genauso die Ausnahme wie die andernorts vorgenommene ungewöhnliche Verknüpfung der Schilderung einer erschütterten Trauergemeinde mit Stolzbekundungen über eine veränderte Rolle Deutschlands in der internationalen Politik:

Alle drei waren Fallschirmjäger des Bataillons 373, Freunde wohl auch, überzeugte Soldaten, wie es viele an diesem Tag immer wieder betonen. [...] Vielleicht muss man mit so etwas jetzt wieder rechnen, wenn man Soldat wird in Deutschland, das ja, *zum Glück*, wieder ein vollwertiges Mitglied der internationalen Gemeinschaft geworden ist. Aber gegen die Trauer, gegen diese unendliche Trauer, die die Menschen in St. Lamberti zusammengeführt hat, hilft diese Erkenntnis gar nichts. (Exner 2010, eigene Hervorhebung)

Das hilflose sich-Fügen in gleichsam schicksalhafte „Spiralen der tödlichen Gewalt“ (Frankfurter Rundschau 2010) dominiert hingegen selbst in jenen Zeitungen, die traditionell eher im „linken“ Spektrum verortet werden. Da die Trauerfeier der getöteten Soldaten des „Karfreitagsgefechts“ im Frühjahr 2010 praktisch mit den traditionellen „Ostermärschen“ zusammenfiel, ist nicht nur bemerkenswert, wie randständig die Berichterstattung zu Protestkundgebungen gegen die laut O-Ton von Ostermarschteilnehmern „zynische und uneinsichtige Politik“ der Bundesregierung in Afghanistan ausfiel. Auffällig ist auch, wie wenig die dortige „Stimmung“, welche von den Organisatoren als „im Grundsatz sehr pazifistisch“ geschildert wurde, in einer breiteren Öffentlichkeit auf Resonanz stieß (Rheinische Post 2010; Zeit Online 2010). Als berichtenswert erachtet wurde schon eher, dass Verteidigungsminister zu Guttenberg in seiner Trauerrede nicht nur die gefallenen Soldaten ehrte, „weil sie für ihr Vaterland und für uns überaus tapfer und mutig ihren Dienst getan haben.“ Noch bewegender erschienen einem Autor seine Worte über „die Tränen der heimkehrenden Soldaten“, derer sich keiner geschämt habe:

An die Familien gewandt sagte Guttenberg: „Sie sollen heute gewiss sein, sie sind mit ihrer Trauer nicht allein“. Ein ganzes Land trauere nun – und das nicht verschämt oder im Verborgenen, sondern offen, so Guttenberg. So offen, wie man über die Realitäten und die Möglichkeiten eines Abzugs in Afghanistan sprechen müsse. (Schülbe 2010)

Im Anschluss daran wurde auf die oben angeführten Ausführungen zu Guttenbergs zum Kriegsbegriff verwiesen. So wenig daher im Einzelnen noch immer nachvollziehbar war, wofür dieser Krieg geführt wurde, seiner vielgestaltigen Realität („Das ist Krieg“, Kister 2009) konnten und wollten sich immer weniger verweigern – und dies selbst dann nicht, wenn auch nur eine Minderheit bereit sein mochte, die teilweise in der Qualitätspresse zu findenden Begründungen (Bündnissolidarität, geordneter Abzug, Absicherung des afghanischen Wiederaufbaus) als ausreichend zu akzeptieren. Dass selbst dort an mancher Stelle geradezu erleichtert festgestellt wurde, dass mit der früheren „Methode Kohl“ – einer vermeintlichen „Praxis“, derzufolge „sich Deutschland freikaufte von den Auslandseinsätzen“ – jetzt „Schluss“ sei (Schwennicke 2010, S. 91), weil „das nicht mehr geht“ (Matussek 2010), stellt in seiner argumentativen Schlichtheit das mediale Äquivalent öffentlicher Hilflosigkeit dar.

Differenzierte, mit vielen Grauschattierungen versehene Beschreibungen etwa aus dem akademischen Bereich oder dem „Denkfabriken“-Sektor gingen in diesem Umfeld nahezu gänzlich unter. Eine bemerkenswerte Ausnahme ist ein ebenfalls in der „Kriegsdebatte“ des „Spiegel“ erschienener Essay von Herfried Münkler, in dem er asymmetrische Kriegsführung geschickt mit der Metaphorik des Kampfes Davids gegen Goliath verknüpft. Die Bundeswehr, so Münkler, sei in Afghanistan als Goliath nicht auf die ungleichen Kampfbedingungen vorbereitet, welche die übermächtig erscheinenden, realiter aber höchst verwundbaren westlichen Streitkräfte in eine nahezu aussichtslose Lage versetzten. Nur wenn es gelänge, „mehr David und weniger Goliath zu sein“, bestünde eine Aussicht, zu bestehen. Dies hieße allerdings, „nicht über den Zeitpunkt des Abzugs [zu] reden, weder öffentlich noch insgeheim“ (Münkler 2010). Wo die Unterstützung für solche Empfehlungen herkommen sollte, bleibt vor dem Hintergrund der allgemeinen Stimmungslage allerdings ein Rätsel.

3.2.3 *Die rhetorische Dimension der Sicherheitskommunikation*

Erweitert man den Blick auf Vokabulare sowie Narrative und betrachtet die Form der Argumente, in welche sie im Rahmen der Afghanistandebatte eingebettet sind, so lässt sich eine prekäre Lage für die Bundesrepublik konstatieren. Dies gilt besonders ausgehend von der Idee der Sicherheitskommunikation als eines öffentlichen Austausch- und Selbstverständigungsprozesses, in dem sowohl über die Sicherheitslage selbst als auch über mögliche sicherheits- und friedensfördernde Handlungsoptionen sowie deren konkrete Umsetzung offen diskutiert werden soll. Denn die Art und Weise, in der sowohl über grundsätzliche Fragen des Mandates als auch über spezifische Ereignisse im Rahmen des Einsatzes selbst gestritten wird, weist ein für das Gros der Kommunikationsteilnehmer auffallend hohes Maß an rhetorischen Engführungen auf. Die Folge ist eine öffentliche Diskussion, welche die Komplexität der Herausforderungen des Mandats bestenfalls eingeschränkt erfassen und verarbeiten kann, da die vorherrschende Kultur der Sicherheitskommunikation eine starke Tendenz zu frühzeitigen argumentativen Schließungen aufweist und eine der Sachlage angemessene, möglichst breite politische Absicherung erschwert.

Bereits im Hinblick auf einzelne Problembeschreibungen zeigt sich eine starke Verkürzung, die vor allem aus der Wahl der jeweiligen Beobachterperspektive erwächst. So

versucht ein Großteil der Sprecher, zu einer adäquaten Beschreibung der Situation zu gelangen, indem er exklusiv die Perspektive einzelner (kollektiver) Akteure einnimmt. Folglich wird die Lage beispielsweise lediglich aus der Perspektive *der* Soldatinnen und Soldaten, *der* zivilen Helfer oder eines imaginierten kollektiven Akteurs „Deutschland“ dargestellt. Vermittels der ebenso starken Präferenz für eine allein nationalstaatlich gerahmte Perspektive entfällt zudem eine Diskussion von Problemen, die über diese Grenzen hinausgeht. So finden Beteiligungsgründe wie „Bündnissolidarität“ oder „globale Sicherheit“ und somit grundsätzliche politische Dimensionen des Einsatzes, die über situative Herausforderungen wie die Vermeidung ziviler und militärischer Opfer hinausgehen, hin und wieder von Seiten der Politik, aber praktisch nie seitens der restlichen Öffentlichkeit Erwähnung – bzw. sind, wenn sie dort thematisiert werden, eher negativ konnotiert.

Wie immer man das politisch bewerten mag – die Vernachlässigung einer breiteren Kontextualisierung marginalisiert globale Sicherheitserwägungen, die aus der Perspektive außenpolitischer Entscheidungsträger zentral sind, weil sie die Stellung der Bundesrepublik innerhalb eines breiteren sicherheitspolitischen Zusammenhangs sowie die daraus resultierenden institutionellen Verflechtungen prägen. Dasselbe gilt für die aus den genannten Beschreibungen abgeleiteten Handlungsalternativen, die zumeist auf dichotomen „Pro/Kontra“- bzw. „Ja/Nein“-Unterscheidungen (z. B. „sofortiger Rückzug“ vs. „den Krieg gewinnen“) basieren, die ihrerseits auf abstrakten Prinzipien wie etwa dem „nationalen Interesse“ oder „dem Staat“ als Entscheidungs- und Rechtfertigungsgrundlage beruhen:

Nur zur Verfolgung eigener sicherheitspolitischer Interessen der Bundesrepublik kann die politische Führung verantwortlich deutsche Soldaten in Auslandseinsätze entsenden und damit die Verantwortung für das Risiko ihres Todes übernehmen. Und nur dann können die Soldaten der Bundeswehr auch wissen, wofür sie ihr Leben riskieren sollen: nämlich für den Staat des Grundgesetzes, dem sie vieles zu verdanken haben und dem sie solidarisch verpflichtet sind. (Depenheuer 2009, S. 8)

Ebenfalls augenfällig ist eine Tendenz, Argumente in eine linear-kausale Struktur zu betten, um die eigene Beweisführung zwingender zu gestalten und so „unumstößliche“ Gesetzmäßigkeiten her- sowie daraus ebenso „unvermeidbare“ Schlussfolgerungen ableiten zu können:

Wenn Afghanistan fällt, dann fällt Pakistan, dann haben wir Terroristen mit einer Atombombe über einer deutschen Großstadt. (Andreas Schockenhoff, zitiert nach Spiegel Online 2010b)

Wie soll eine Armee Krieg führen, wenn die Regierung, noch mehr die Opposition und zu allem Überfluss zahlreiche Journalisten die Gesetze des Krieges ignorieren? [...] Die Soldaten der Bundeswehr brauchen in Afghanistan nach acht erfolglosen Jahren nicht mehr Staatsanwälte, sondern endlich schweres Gerät. (Wagener 2009, S. 8)

Ähnliche Neigungen, politische Präferenzen zu immunisieren und sie argumentativ zwingender in eine Kosmologie, also eine umfassende, gegen Kritik immunisierte Form der

Sinnstiftung und Rationalisierung des Geschehens einzubinden, spiegeln Versuche wider, in denen Einzelschicksale oder -ereignisse mit einem „großen Ganzen“ verbunden werden – so beispielsweise im Verweis des Verteidigungsministers zu Guttenberg darauf, dass der Einsatz auch aus einer Schuld gegenüber den „gefallenen“ und „verwundeten“ Soldaten zu einem erfolgreichen Ende geführt werden müsse (Zeit Online 2010).

So unterschiedlich die einzelnen Argumentationsziele auch sein mögen – sie verweisen in einem nicht unerheblichen Maße auf ein zentrales Problem: Sie alle spiegeln eine Denkform wieder, welche die Komplexität und Kontingenz moderner Sicherheitspolitik nur eingeschränkt zu erfassen vermag. Diese Denkform, die „Logik des Absoluten“ (Dux 2000, S. 115–148), steht bereits an der Wiege der „westlichen Kultur“ und ist einer der Gründe, warum die voranschreitende Moderne inzwischen als immer unübersichtlicher und widersprüchlicher erscheint. Diese Logik heißt so, da sie den Grund für ihre Schlussfolgerungen immer bereits mit sich führt. Aufgrund der bereits vor jeder Kommunikation implizit existierenden kategorischen Setzungen kann eine umfassende und offene Auseinandersetzung erst gar nicht entstehen. Denn wenn man den Rahmen, über den gestritten werden sollte – d. h. das Afghanistanmandat selbst – bereits über eine Zuspitzung auf einen vermeintlich unhintergehbaren absoluten Ausgangs- und Fluchtpunkt sicherheitspolitischer Entscheidung – etwa die „nationalen Interessen“ – zugespitzt hat, wird jede Form von Reflexivität, die über „Ja/Nein“- und „Entweder/Oder“-Kodierungen hinausgehen könnte, von Beginn an unmöglich gemacht. Ist erst einmal die ursprüngliche Setzung gefunden, geraten ihre Entstehungsbedingungen, Grenzen und Überwindungschancen einer absoluten Logik folgend aus dem Blick. Wer die „nationalen Interessen“ oder etwa die Qualität der Bundeswehrausrüstung implizit als *den* grundlegenden Rahmen einer Entscheidung ansieht, wird unter dieser Denkform nicht hinter ebendiesen Rahmen zurücktreten können. Hat sich diese Perspektive erst einmal in Form eines entsprechenden Vokabulars verfestigt, zeitigt sie den Effekt, dass nur noch über eine Zustimmung oder Ablehnung, nicht aber über etwaige Alternativen debattiert werden kann.

Das Resultat ist ein ebenso unreflektierter wie strikter Dezisionismus. Neue Phänomene und Informationen geraten erst gar nicht in den Blick, da sie stets unter bereits bestehende Prämissen subsumiert werden und so nicht in ihrer Eigenständigkeit erkannt werden können. Unabdingbare Grundlage einer jeglichen demokratischen Sicherheitskommunikation ist jedoch die Fähigkeit und Möglichkeit, konkurrierende Auffassungen und Einwürfe zuzulassen sowie den eigenen Standpunkt hinterfragen zu können. Ignoriert man diesen Umstand, kann eine mit vielen Grauschattierungen versehene, realer Komplexität angemessenere Beschreibung genauso wenig gelingen wie eine verständigungsorientierte Kommunikation. Damit vergeben sich aber auch die Deutschen die Möglichkeit, sich angemessen über die Handlungsmöglichkeiten in einer sicherheitspolitischen Konstellation zu verständigen, die sich gerade nicht in eine einfache binäre Formel fassen lässt, da insbesondere ihre grundsätzlichen Bewertungsmaßstäbe selbst höchst umstritten sind.

4 Schluss

Wen oder was eine Gesellschaft als Bedrohung ihrer Sicherheit empfindet und wie sie damit umgeht, ist selbst im Angesicht des internationalen Terrorismus nie objektiv gegeben, sondern stets im öffentlichen Diskurs hergestellt. Unter dieser Prämisse untersuchten wir hier die Selbstverständigungsprozesse deutscher Öffentlichkeit über den militärischen Teil des Afghanistaneinsatzes im Besonderen und dessen Implikationen für die Organisation der Sicherheitskommunikation im Allgemeinen.

Welches vorläufige Fazit lässt sich ziehen? Legt man die dargelegte Phänomenologie der Sicherheitskommunikation als Maßstab an die deutsche Debatte an, so fällt bereits im Rahmen der hier umfangstechnisch bedingten Fokussierung auf lediglich eine Sphäre von Öffentlichkeit – der Selbstverständigung im Mediendiskurs – auf, dass in der deutschen Debatte (und wohl nicht nur hier) zahllose Dilemmata bestehen, die einer gelingenden Verständigung im Wege stehen. So zeigen sich besonders dann deutliche Asymmetrien in der Diskussion, wenn das Problem des *Wissens* aufgeworfen wird. Wenn Wissen im gängigen Sinne als *begründeter Glaube* verstanden wird – was *wissen* wir über jene Probleme, die sich im Kontext des Afghanistaneinsatzes stellen? Inwieweit lassen sich die Ziele deutscher Sicherheitspolitik in Afghanistan als wissensbasiert vermitteln? Abstrakte Formulierungen wie jene, dass „die deutsche Sicherheit am Hindukusch verteidigt“ werde oder auch Rechtfertigungsnarrative wie der Bezug auf eine „deutsche Verantwortung“ lassen sich jedenfalls nur schwer in die alltägliche Lebenswelt einer breiten Öffentlichkeit transportieren. Weder die konkreten normativen Maßstäbe der Lagebeurteilung noch deren faktische Absicherung werden in der Diskussion hinreichend offen dargelegt.

Folglich fehlt nicht nur das Wissen über den grundlegenden Werterahmen, über den gestritten werden sollte. Es kommt erst gar nicht zu Bewusstsein, dass ein solcher überhaupt existiert. Über die oft kausallogisch-linear strukturierten Argumente – etwa wie jenes, dass ein von den Taliban kontrolliertes Afghanistan Deutschland automatisch zur Zielscheibe des Terrors machen würde – gelingt es jedenfalls nicht, dem Großteil der deutschen Öffentlichkeit die Gründe militärischen Handelns logisch zwingend zu vermitteln. Vielmehr erscheinen solche Argumente immer noch als zu undurchsichtig und verstärken folglich eher das Misstrauen.

Ebenso wenig anschlussfähig scheinen aber offenbar auch Deutungsangebote zu sein, in denen auf konkretere Situationen oder Schicksale zurückgegriffen wird – beispielsweise im Einsatz verletzte oder gar getötete Soldatinnen und Soldaten. Auch wenn sich in der Öffentlichkeit inzwischen eine „Normalisierung“ im Verhältnis zu den Angehörigen des Militärs eingestellt hat, scheint eine weiterhin grundsätzlich kritische Haltung gegenüber der Institution Militär (wohlgemerkt nicht der Bundeswehr) solche Versuche zu unterminieren. Das tägliche Erleben der Soldatinnen und Soldaten wird zwar fraglos als mutig anerkannt. Jedoch werden diese nicht, wie zumeist von den Regierenden betont, als „Sinnstifter“ gesehen, sondern eher als die Bauernopfer einer verantwortungslosen Politik.

Dieser Mangel an Wissen sowie ein fehlendes Angebot an differenzierten, über bloße Dichotomisierungen hinausgehenden Deutungsangeboten scheinen so geradezu eine „Lähmung“ in der deutschen Debatte herbeizuführen. Wo sicherheitspolitische Themen über deren „Verstaatlichung“ der Masse entzogen werden und es keine institutionalisier-

ten Arenen des politischen Widerstreits sowie keine substanziell streitbaren (rhetorischen) Figuren gibt, sammelt und konstituiert sich folgerichtig auch keine streitwillige Öffentlichkeit. Folglich kann die deutsche Sicherheitskommunikation nicht als eine *öffentliche Angelegenheit* beschrieben werden. Die Afghanistandebatte erscheint nicht nur in der inhaltlichen Dimension („Was?“) fragmentiert – ein Umstand, der etwa angesichts spezifisch interessierter Teilöffentlichkeiten in pluralistischen Demokratien noch nachvollziehbar wäre. Vielmehr scheint es ihr gerade in der Strukturdimension („Wie?“) an Substanz zu fehlen. Dies zeigt sich dann in dem oben dargelegten hohen Grad an fehlenden Möglichkeiten verständigungsorientierter Anschlusskommunikation. Wenn gelingende Sicherheitskommunikation aber sowohl als Werkzeug wie auch als Ort der sicherheitspolitischen Selbstverständigung fungieren soll, über die ein gemeinsames Vokabular *erstritten* wird, dann reicht eine Kommunikationskultur nicht aus, die im klassischen Verständnis von Sicherheitspolitik als die Sphäre des „klugen Staatsmannes“ gefangen bleibt.

In einer Welt, in der sich nicht nur Gefahren, sondern auch Wertvorstellungen und die sie stiftenden Publika zunehmend transnationalisieren und entterritorialisieren, ist gelingende Sicherheitskommunikation offenbar nicht mehr ohne ein breiteres Verständnis der (sicherheits-)politischen Öffentlichkeit zu haben. Nur so kann die Suche nach einem gemeinsamen Vokabular, das Lage, Mittel und Ziele angemessen beschreib- und verhandelbar macht, gelingen. Dabei geht es vor allem darum, Legitimationsfiguren zu entwickeln, die der Kontingenz höchst volatiler Situationen wie der in Afghanistan angemessen erscheinen. Dies ist nicht als Aufruf zu einer Form des Opportunismus zu verstehen. Es impliziert jedoch, dass die Debattenteilnehmer darauf verzichten sollten, Sicherheitskommunikation als die Suche nach hermetisch abgeschlossenen Weltbildern zu begreifen. Vielmehr geht es darum zu verstehen, dass *eine* Herausforderung offener demokratischer Sicherheitskommunikation darin besteht, Kontingenz zulassen zu können (vgl. Herborth und Jacobi i.E.).

Dies soll nicht bedeuten, dass die Debattenteilnehmer die ihnen jeweils zur Verfügung stehende Expertise bzw. ihre jeweiligen Standpunkte verleugnen oder anderen Debatten-einwürfen nachordnen sollen. Vielmehr geht es darum, die eigene Position ironisieren zu können (Rorty 1989). Gerade die vermeintlich einfache und oft zitierte Fähigkeit, sich selbst hinterfragen und andere Meinungen zulassen zu können, scheint eine zentrale Voraussetzung des Austauschs und der Schaffung *gemeinsamen Wissens* im Sinne einer gelingenden Sicherheitskommunikation zu sein. Darin bestätigt sich nicht nur die prinzipielle Gleichwertigkeit, sondern insbesondere die Wichtigkeit einer jeden Stimme.

Die Fähigkeit, auch und gerade im Rahmen von Sicherheitskommunikation Offenheit zuzulassen, ist eine viel versprechende Handlungsalternative, um unter den Bedingungen einer augenscheinlich vielstimmigen Moderne Möglichkeitshorizonte zu erweitern, unter denen welt- und sicherheitspolitischer Kontingenz fruchtbar und auf eine gegenüber allen Betroffenen vertretbare Weise begegnet werden kann. Die Feststellung, dass „nichts gut ist in Afghanistan“ (Käbmann 2010), ist solange genauso unzureichend wie der plakative Verweis auf eine Sicherheit Deutschlands, die vermeintlich „am Hindukusch“ verteidigt werde, wie in der deutschen Öffentlichkeit – wie nach den jüngsten Verlusten Anfang Juni 2011 – der Eindruck vorherrscht, dass „in Afghanistan [...] alles bröckelt“, mancher Kommentator sich aber nicht besser zu helfen weiß als zu schließen: „Dort zu bleiben wird immer fragwürdiger. Und wegzugehen auch“ (Kohlhoff 2011).

Literatur

- Abbott, H. P. (2008). *The Cambridge introduction to narrative*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Alexander, R. (2008, 25. Oktober). Ein Land ringt mit seiner Trauer. *Die Welt*, 3.
- Bronst, S. (2010). Tag der versteinerten Mienen. *Nordsee-Zeitung*. http://www.nordsee-zeitung.de/Home/Nachrichten/Startseite/Tag-der-versteinerten-Mienen-_arid,341036_puid,1_pageid,52.html. Zugegriffen: 16. März 2011.
- Bundespräsidialamt. (2005). *Einsatz für Freiheit und Sicherheit. Rede von Bundespräsident Horst Köhler bei der Kommandeurtagung der Bundeswehr am 10. Oktober 2005 in Bonn*. http://www.bundespraesident.de/Anlage/original_630701/Rede-Kommandeurtagung.pdf. Zugegriffen: 25. Apr. 2011.
- Bundesregierung. (2008). *Stichworte zur Sicherheitspolitik. Nr. 9/10 September/Oktober 2008*. <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/PeriodischerBericht/StichworteSicherheitspolitik/2008/Anlagen/sipo-sep-okt,property=publicationFile.pdf>. Zugegriffen: 28. Apr. 2011.
- Bundesregierung. (2010). *Stichworte zur Sicherheitspolitik. Nr. 2/3 März/April 2010*. <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/PeriodischerBericht/StichworteSicherheitspolitik/2010/Anlage/maerz-april-2010,property=publicationFile.pdf>. Zugegriffen: 28. Apr. 2011.
- Buzan, B., Wæver, O., & DeWilde, J. (1998). *Security. A new framework for analysis*. Boulder: Lynne Rienner.
- Calließ, J. (1999). Sicherheitspolitische Kommunikation – Über Strukturen und Defizite im Prozeß der Auseinandersetzung mit den Fragen nach Sicherheit und Frieden. In S. B. Gareis & R. Zimmermann (Hrsg.), *Sicherheitspolitische Kommunikation* (S. 29–40). Baden-Baden: Nomos.
- Davidson, D. (2006). *Probleme der Rationalität*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Depenheuer, O. (2009, 26. Februar). Was wir verteidigen. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 8.
- Dewey, J. (1991 [1938]). *Logic: The theory of inquiry*. Carbondale: Southern Illinois University Press.
- Dux, G. (2000). *Historisch-Genetische Theorie der Kultur*. Weilerswist: Velbrück.
- Emnid. (1993, 26. April). Deutsche Soldaten nach Somalia? *Der Spiegel*, 21.
- Exner, U. (2010). Merkel verteidigt den Einsatz und die Zweifel daran. *Die Welt*. <http://www.welt.de/politik/deutschland/article7115566/Merkel-verteidigt-den-Einsatz-und-die-Zweifel-daran.html>. Zugegriffen: 18. März 2011.
- Follath, E. (2010, 17. Mai). Großes Spiel, Teil Zwei. *Der Spiegel*, 116–117.
- Forst, R., & Günther, K. (Hrsg.). (2011). *Die Herausbildung normativer Ordnungen. Interdisziplinäre Perspektiven*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Fraenkel, E. (1991). *Deutschland und die westlichen Demokratien*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Frankfurter Rundschau. (2010). *Trauer um getötete Bundeswehrsoldaten*. <http://www.fr-online.de/politik/spezials/einsatz-in-afghanistan/trauer-um-getoetete-bundeswehr-soldaten/-/1477334/2748300/-/index.html>. Zugegriffen: 1. März 2011.
- Friedrichs, H. (2010a). Merkel erklärt den Krieg. *Die Zeit*. <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-04/merkel-afghanistan-3>. Zugegriffen: 4. Apr. 2011.
- Friedrichs, H. (2010b). Kommunikationsproblem Afghanistan-Einsatz. *Die Zeit*. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-05/afghanistan-bundeswehr-einsatz>. Zugegriffen: 4. Apr. 2011.
- Güttel, I., & Lettgen, S. (2010). Analyse: Merkel verneigt sich vor den Toten von Kundus. *Lausitzer Rundschau*. <http://www.lr-online.de/politik/Freitag-Analyse-Merkel-verneigt-sich-vor-den-Toten-von-Kundus;art764,2878182>. Zugegriffen: 17. März 2011.
- Haas, C. (2010). Krieg ist plötzlich ein tröstendes Wort. *Die Zeit*. <http://www.zeit.de/2010/17/Soldaten>. Zugegriffen: 3. März 2011.
- Habermas, J. (1981). *Theorie des kommunikativen Handelns*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

- Hahn, M. (2010). Trauer und deutliche Worte. *Mitteldeutsche Zeitung*. <http://www.mz-web.de/servlet/ContentServer?pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&aid=1270705370966>. Zugegriffen: 1. März 2011.
- Hellmann, G., Weber, C., & Sauer, F. (Hrsg.). (2008). *Die Semantik der neuen deutschen Außenpolitik. Eine Analyse des außenpolitischen Vokabulars seit Mitte der 1980er Jahre*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Herborth, B. (2009). Political community formation beyond the nation-state. In J. Bartelson & G. Baker (Hrsg.), *The future of political community* (S. 175–203). New York: Routledge.
- Herborth, B., & Jacobi, D. (i.E.). Zuerst die Interessen und dann die Moral? *WeltTrends*. Sonderheft „Die Zukunft deutscher Außenpolitik“.
- Herborth, B., & Kessler, O. (2010). The public sphere. In R. Denemark (Hrsg.), *The international studies encyclopedia*. Hoboken: Wiley.
- IfD/Institut für Demoskopie Allensbach. (2010). *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 2003–2009. Die Berliner Republik*. Allensbach: Institut für Demoskopie Allensbach.
- Infratest dimap. (2001a). *DeutschlandTREND Oktober 2001*. <http://www.infratest-dimap.de/uploads/media/dt0110.pdf>. Zugegriffen: 23. März 2011.
- Infratest dimap. (2001b). *DeutschlandTREND November 2001*. <http://www.infratest-dimap.de/uploads/media/dt0111.pdf>. Zugegriffen: 23. März 2011.
- Infratest dimap. (2007a). *ARD – DeutschlandTREND April 2007*. <http://www.infratest-dimap.de/uploads/media/dt0704.pdf>. Zugegriffen: 23. März 2011.
- Infratest dimap. (2007b). *ARD-DeutschlandTREND Mai 2007*. <http://www.infratest-dimap.de/uploads/media/dt0705.pdf>. Zugegriffen: 23. März 2011.
- Infratest dimap. (2009). *ARD-DeutschlandTREND Dezember 2009*. http://www.infratest-dimap.de/uploads/media/dt0912_bericht.pdf. Zugegriffen: 23. März 2011.
- Infratest dimap. (2010). *Sieben von zehn Deutschen für einen schnellstmöglichen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan*. <http://www.infratest-dimap.de/de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/sieben-von-zehn-deutschen-fuer-einen-schnellstmoeglichen-abzug-der-bundeswehr-aus-afghanistan/>. Zugegriffen: 23. März 2011.
- Joas, H. (1992). *Die Kreativität des Handelns*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Joffe, J. (2010). Ein bisschen Krieg. *Die Zeit*. <http://www.zeit.de/2010/15/P-Zeitgeist-Bundeswehrausruestung>. Zugegriffen: 10. März 2011.
- Jönsson, C. (2006). Diplomacy, bargaining and negotiation. In W. Carlsnaes, T. Risse, & B. Simmons (Hrsg.), *Handbook of international relations* (S. 212–234). London: Sage.
- Jungholt, T. (2010). „Jeder Tote macht uns noch entschlossener“. *Die Welt*. <http://www.welt.de/die-welt/politik/article7241279/Jeder-Tote-macht-uns-noch-entschlossener.html>. Zugegriffen: 15. März 2011.
- Katzenstein, P. (1989). International relations theory and the analysis of change. In E.-O. Czempiel & J. Rosenau (Hrsg.), *Global changes and theoretical challenges* (S. 291–304). Lanham: Lexington Books.
- Käßmann, M. (2010). *Predigt im Neujahrsgottesdienst in der Frauenkirche Dresden*. http://www.ekd.de/predigten/2010/100101_kaessmann_neujahrspredigt.html. Zugegriffen: 4. Apr. 2011.
- Kiesewetter, R. (2010). Sicherheitspolitik: Kein sexy Thema [Interview]. *e-politik.de*. <http://www.e-politik.de/lesen/artikel/2010/sicherheitspolitik-kein-sexy-thema/>. Zugegriffen: 5. März 2011.
- Kister, K. (2009). Krieg der Wörter. *Süddeutsche Zeitung*. <http://www.sueddeutsche.de/politik/bundeswehr-in-afghanistan-krieg-der-woerter-1.92550>. Zugegriffen: 24. März 2011.
- Kohler, B. (2011). An zwei Fronten. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. <http://www.faz.net/s/Rub1ED0C280BBA14ACAB16800E2F760DF3E/Doc~EA5A9EE2CA8FC43CD847771947BE0E658~ATpl~Ecommon~Scontent.html>. Zugegriffen: 12. Apr. 2011.
- Kohlhoff, W. (2011, 3. Juni). Nichts geht mehr. *Groß-Gerauer Echo*, 2.

- Kratochwil, F. (1991). *Rules, norms, and decisions. On the conditions of practical and legal reasoning in international relations and domestic affairs*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Krauel, T. (2010). Trauer und Wut in Kundus. *Welt am Sonntag*. <http://www.welt.de/die-welt/politik/article7045602/Trauer-und-Wut-in-Kundus.html>. Zugegriffen: 14. März 2011.
- Legner, J. (2010). Sterben für Karsai? *Lausitzer Rundschau*. <http://www.lr-online.de/meinungen/Sterben-fuer-Karsai-;art1066,2872500>. Zugegriffen: 15. März 2011.
- Luhmann, N. (2005). *Soziologische Aufklärung 5. Konstruktivistische Perspektiven*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Matussek, M. (2010, 3. Mai). Ein gerechter Krieg. *Der Spiegel*, 34.
- Münkler, H. (2010, 10. Mai). Der tückische David. *Der Spiegel*, 28–29.
- Neue Osnabrücker Zeitung. (2010). *Die Lage ist viel schlimmer als man glaubt*. <http://www.noz.de/lokales/37858630/die-lage-ist-viel-schlimmer-als-man-glaubt>. Zugegriffen: 17. März 2011.
- Peters, B. (2007). *Der Sinn von Öffentlichkeit*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Petersen, T. (2010). Wird Deutschland am Hindukusch verteidigt? *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. <http://www.faz.net/s/Rub594835B672714A1DB1A121534F010EE1/Doc~EF43EDA9FE38-14A86B60E403BF4EFFB77~ATpl~Ecommon~Scontent.html>. Zugegriffen: 23. März 2011.
- Putnam, H. (1995). *Pragmatism: An open question*. Malden: Blackwell.
- Rheinische Post. (2010). *Tausende demonstrieren auf den Ostermärschen*. http://www.rp-online.de/politik/deutschland/Tausende-demonstrieren-auf-den-Ostermaerschen_aid_840146.html. Zugegriffen: 4. März 2011.
- Rorty, R. (1989). *Contingency, irony, and solidarity*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Rorty, R. (2000). Response to Brandom. In R. Brandom (Hrsg.), *Rorty and his critics* (S. 183–190). Malden: Blackwell.
- Scharpf, F. (1970). *Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung*. Konstanz: Universitätsverlag.
- Schülbe, D. (2010). Den höchsten Preis gezahlt, den ein Soldat bezahlen kann. *Rheinische Post*. http://www.rp-online.de/politik/deutschland/Den-hoechsten-Preis-gezahlt-den-ein-Soldat-bezahlen-kann_aid_842221.html. Zugegriffen: 10. März 2011.
- Schwennicke, C. (2010, 14. Juni). Die Qual der alten Krieger. *Der Spiegel*, 90–92.
- Spiegel Online. (2010a). *Tabu-Bruch*. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,687235,00.html>. Zugegriffen: 19. Apr. 2011.
- Spiegel Online. (2010b). *Merkel will im Bundestag Afghanistan-Einsatz verteidigen*. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,689710,00.html>. Zugegriffen: 14. März 2011.
- Seliger, M. (2011). Manchmal ist das schon ein Scheißjob. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. <http://www.faz.net/s/RubFC06D389EE76479E9E76425072B196C3/Doc~E-DE6143798F7A40C4B3B955E0E99D60D1~ATpl~Ecommon~Scontent.html>. Zugegriffen: 20. Apr. 2011.
- Spurzem, J. (2010). Die letzte Ehre für drei Kameraden. *Lausitzer Rundschau*. <http://www.lr-online.de/politik/Tagesthemen-Die-letzte-Ehre-fuer-drei-Kameraden;art1065,2878366>. Zugegriffen: 18. März 2011.
- Süddeutsche Zeitung. (2008). *Klare Worte für tote Soldaten*. <http://www.sueddeutsche.de/politik/bundeswehreinsatz-in-afghanistan-klare-worte-fuer-tote-soldaten-1.707733>. Zugegriffen: 16. Apr. 2011.
- TNS Forschung. (2001, 17. Dezember). Nein aus dem Osten. *Der Spiegel*, 39.
- TNS Forschung. (2006a, 17. Juli). Umfrage: Afghanistan. *Der Spiegel*, 35.
- TNS Forschung. (2006b, 20. November). Umfrage: Afghanistan. *Der Spiegel*, 28.
- TNS Forschung. (2007, 26. Mai). Umfrage: Afghanistan. *Der Spiegel*, 24.
- TNS Forschung. (2008, 27. Oktober). Spiegel-Umfrage Afghanistan. *Der Spiegel*, 132.
- Wagener, M. (2009, 7. Dezember). Die Gesetze des Krieges werden ignoriert. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 8.

- Weller, C. (2000). *Die öffentliche Meinung in der Außenpolitik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Welt Online. (2011). *62 Prozent der Deutschen für Militärschlag*. <http://www.welt.de/politik/deutschland/article12893939/62-Prozent-der-Deutschen-fuer-Militaerschlag.html>. Zugegriffen: 3. Mai 2011.
- Zeit Online. (2010). *Soldaten nehmen Abschied von ihren Kameraden*. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-04/afghanistan-bundeswehr-gefechte>. Zugegriffen: 12. März 2011.